

„Ein Schlag ins Gesicht der Steuerzahler“

Millionenabfindung für BayernLB-Chef Michael Kemmer

München (dpa/AP) Nach seinem Sturz über das Debakel in Österreich soll der frühere BayernLB-Chef Michael Kemmer eine Millionenabfindung erhalten. Aus seinem eigentlich bis 2013 laufenden Vertrag stünden Kemmer rund 1,5 Millionen Euro zu, berichtete die „Abendzeitung“ gestern.

Die Bank und das Finanzministerium wollten sich zu dem Bericht nicht äußern. Vertragsangelegenheiten seien Sache des Verwaltungsrats. Die stellvertretende Vorsitzende der Landesbank-Kontrollkommission, Inge Aures, sagte: „Das ist ein Schlag ins Gesicht der Steuerzahler.“ Die Abfin-

dung dürfe nicht ausgezahlt werden, bis Haftungs- und Schadensersatzfragen geklärt seien. Kein Bürger verstehe, „dass jemand, der einen Schaden in Höhe von 3,7 Milliarden Euro verursacht hat, auch noch eineinhalb Millionen Euro Abfindung kassieren kann“, sagte die SPD-Landtagsabgeordnete.

Die marode österreichische Hypo Group Alpe Adria (HGAA), die nach heftigem Tauziehen verstaatlicht wird, kämpft mit hohen Kreditrisiken in Ost- und Südosteuropa. Praktisch in letzter Minute hatten sich die Eigentümer – darunter neben der BayernLB auch das

Land Kärnten und die Grazer Wechselseitige Versicherung – mit Österreich auf die Verstaatlichung geeinigt. Sie erhalten jeweils einen symbolischen Euro und verhindern damit einen Zusammenbruch der Bank.

Die bayerischen Steuerzahler hat das Desaster mindestens 3,7 Milliarden Euro gekostet. Auch die CSU-Staatsregierung geriet deshalb in den vergangenen Tagen unter Beschuss.

Trotz der Milliardenbelastungen für die BayernLB rechteferteigte der bayerische Städtetagschef Hans Schaidinger (CSU) den Kauf der früheren Kärntner Landesbank. „Jeder, der eine Entscheidung trifft, der lebt mit dem Risiko, dass auch mal eine Entscheidung falsch sein kann“, sagte Schaidinger dem Bayerischen Rundfunk. Dies wisse man aber erst hinterher.

Der bayerische Koalitionspartner FDP forderte Schaidinger unterdessen zum Rücktritt aus dem Verwaltungsrat der BayernLB auf. Wer dem Kauf der Hypo Alpe Adria zugestimmt habe, müsse gehen. „Der einzige, der dieser Anforderung nicht nachgekommen ist, ist Herr Schaidinger. Wir fordern ihn auf, sein Festhalten zu überdenken“, sagte FDP-Fraktionschef Thomas Hacker dem „Münchner Merkur“.



Michael Kemmer, Vorstandsvorsitzender der BayernLB, erhält laut einem Zeitungsbericht rund 1,5 Millionen Euro Abfindung. Foto: dpa

Studenten gehen auf die Straße

Nürnberg (epd) Nach wochenlangen Bildungsprotesten und Hörsaalbesetzungen haben Studierende in ganz Deutschland für heute zu Großdemonstrationen in mehreren Universitätsstädten aufgerufen. Dabei wollen sie vor allem auf die Prüfungsphasen bei Bachelor-Abschlüssen aufmerksam machen und für einen freien Zugang zum Hochschulstudium unabhängig von sozialer Herkunft und finanziellen Mitteln protestieren. In Süddeutschland sind mehrere Aktionen unter anderem in den Städten Erlangen, Heidelberg, Nürnberg und Tübingen geplant.

Der Protest richte sich gegen die so genannte „Bildungsbulimie“, wonach die Studierenden „erst unheimlich viel Wissen in sich hinein schaufeln müssen und diese dann wieder rauskotzen müssen“, heißt es in den Pressemitteilungen dazu. Dies sei eine reine Reproduktion von Wissen ohne kritische Hinterfragung.

35 000 Euro ergaunert

Nürnberg (dpa) Mehrere zehntausend Euro hat ein Duo aus Nürnberg von Firmen und Behörden ergaunert. Wie die Polizei gestern berichtete, waren die beiden 27 Jahre alten Männer über Schriftstücke an die Kontodaten der Unternehmen gekommen.

Mit gefälschten Überweisungsträgern ließen sie sich schließlich Geld auf ihre Konten transferieren. Im Zeitraum von Juli bis September soll das Duo auf diese Weise zu 35 000 Euro gekommen sein. Der Schwindel flog auf, als Firmen die unregelmäßigen Abbuchungen bemerkten. Die Männer haben ihre Gaunereien inzwischen zugegeben. Gegen beide Nürnberger wurde Haftbefehl wegen Urkundenfälschung und Betruges erlassen.

Stadt München verschuldet sich

München (dpa) Die Stadt München wird 2010 mehr Schulden machen müssen als bisher vorgesehen. „Nach einer starken Entschuldung in den Jahren 2006 bis 2008 wird es 2010 zum ersten Mal seit vier Jahren wieder eine Nettoverschuldung geben“, sagte Kämmerer Ernst Wolowicz gestern nach der Sitzung des Haushaltsplenums in München.

Der Schuldenstand steigt um etwa 245 Millionen Euro auf knapp 2,6 Milliarden Euro. Bisher war er von 214 Millionen ausgegangen. Vor allem die Einbrüche bei Gewerbe- und Einkommenssteuer setzen der Stadt zu. Sollten die Steuersenkungsvorhaben der Bundesregierung umgesetzt werden, fürchtet Wolowicz um die Finanzen der Kommunen.

JURISTISCHES NACHSPIEL

Nach der Verstaatlichung in letzter Sekunde drohen der maroden Hypo Group Alpe Adria (HGAA) auch in Österreich juristische Schwierigkeiten: Österreichs Regierung beauftragte das Bundeskriminalamt, eine Sonderkommission zu bilden. Diese soll vor allem die Immobilien- und Leasinggeschäfte des Geldinstituts in Ost- und Südosteuropa sowie die Umstände rund um den Verkauf an die BayernLB untersuchen. Die Ge-

schäfte der HGAA seien als „höchst aufklärungswürdig“ eingestuft worden, berichtete die österreichische Zeitung „Kurier“ gestern.

Auch die Staatsanwaltschaft München ermittelt zu den Umständen des Kaufs der österreichischen Bank durch die BayernLB. Sie geht dem Verdacht nach, dass die BayernLB beim Erwerb der Tochter im Frühjahr 2007 bewusst einen zu hohen Kaufpreis bezahlte. dpa

Zweifel an Vorwürfen

Schäch-Anwälte sehen keine Straftaten

Von Rudi Gegger

Pfaffenhofen (DK) Kein Kreditbetrug, keine Untreue: Die Rechtsanwältin von Josef Schäch haben ihre Stellungnahme gegenüber der Staatsanwaltschaft jetzt abgegeben und kommen darin zu dem Fazit, dass „keine strafrechtliche Verantwortlichkeit“ seitens des suspendierten Pfaffenhofer Landrates vorliegt.

Wie die Schäch-Rechtsanwältin Hans-Dieter Gross und Peter Gietl in einer Pressemitteilung betonen, werde dem früheren Wolnzacher Bürgermeister vorgeworfen, die in der Geschäftsordnung des Marktgemeinderates enthaltene Obergrenze von drei Millionen Euro für die Aufnahme von Kassenkrediten in einigen Fällen überschritten zu haben. Diese Kassenkredite hätten dazu gedient, vom Marktgemeinderat beschlossene Investitionen zwischenzufinanzieren und letztlich zu realisieren. Unabhängig von diesem Vorwurf sei jedoch die Frage zu prüfen, „ob dieser Vorgang nicht durch die Verbesserung der gemeindlichen Einnahmesituation im Hinblick auf die Investitionen kompensiert

wurde.“ Und dies ist nach Ansicht der Schäch-Rechtsvertreter „mindestens“ der Fall, tatsächlich sei sogar von einer eindeutigen „Überkompensation“ auszugehen. Dies entkräfte den strafrechtlichen Vorwurf der Untreue.

Das Thema Kreditbetrug hat sich nach Ansicht von Gross und Gietl ohnehin erledigt, weil sich die entsprechende Rechtsvorschrift ausdrücklich auf Unternehmen beziehe. „Kommunen sind keine Unternehmen“ und seien daher vom Tatbestand des Kreditbetrugs nicht betroffen. Dies entspräche einem Urteil der großen Strafkammer eines Landgerichts. Weitere von der Staatsanwaltschaft vorgebrachte Vorwürfe der Untreue treffen nach Ansicht der Anwälte ebenfalls nicht zu. Die Juristen beziehen sich dabei unter anderem auf das in einen Zuschuss umgewandelte Darlehen der Gemeinde über 10 000 Euro an den TSV Wolnzach.

Die Staatsanwaltschaft München II lehnte gestern unter Hinweis auf das noch nicht abgeschlossene Verfahren jegliche Stellungnahme zu der Erklärung ab.

Sprache des Denkens und Fühlens

Haderthauer ermutigt Pädagogen zu Förderung der Mundart

Von Michael Kraus

Denkendorf (DK) Ein klares Ja zur Mundart: Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer (Foto) will, dass Dialekte im Kindergarten gepflegt werden. Das gibt Rückenwind für Pädagogen, die Dialekte in den Kindergartenalltag integrieren, wie im katholischen Kindergarten Marienheim in Denkendorf (Landkreis Eichstätt). Dort ist Mundart seit fast fünf Jahren fester Bestandteil des pädagogischen Konzepts: Die Kinder sollen die gewohnte Sprache ihres Elternhauses sprechen.



„Bei uns wird Dialekt gefördert und im Kindergarten gesprochen“, sagt Kindergartenleiterin Martina Riedl. Das soll nicht nur die Sprachkultur pflegen und Mehrsprachigkeit erleichtern, sondern sich auch positiv auf die Integration von Migrantenkindern auswirken. „Wir haben 13 verschiedene Nationen im Haus“, berichtet sie. Die seien durch Dialekte, egal welcher Art, „schneller integriert“. Gesprochen werden soll „aus dem Herzen raus“ – Hauptsache nicht gekünstelt. „Wir wollen selbstbewusst Mut-

tersprache sprechen, egal welche das ist.“

Für eine solche Förderung bairischer Dialekte spricht sich auch Familienministerin Christine Haderthauer aus: „Ich ermutige Pädagogen mit voller Überzeugung zur Förderung des Dialekts“, betont sie gegenüber dem DONAUKURIER. „Dialekt ist nach wie vor die Sprachform, in der man persönliches Denken und Fühlen am Besten ausdrücken kann.“ Und das sei gerade für Kindergartenkinder von größter Bedeutung. „Dialekte müssen im Kindergarten wertgeschätzt werden, damit Kinder eine positive Einstellung zur eigenen Sprache und zur eigenen Kultur entwickeln“, so die Familienministerin.

Im Kindergarten Marienheim hat man gute Erfahrung mit Dialekt gesammelt. Die Kinder würden deutlich mehr Sprachgefühl und Sozialverhalten entwickeln, sagt Riedl. Außerdem seien sie „viel sprechfreudiger.“ Dennoch folgen andere Kindergärten in der Region dem Konzept nur zögerlich. „Erzieherinnen haben Bedenken, dass sich Kinder später in der Schule schwerer tun“, berichtet Riedl von einem Treffen des Regionalmanagements Altmühl-Jura zum Thema Sprachkultur.

„Ich bin nicht der Auffassung, dass Dialekt den Kindern Probleme in der Schule macht, ganz im Gegenteil“, meint hin-

gegen Haderthauer. „Hochdeutsch darf aber keinesfalls zu kurz kommen.“ Ein Aspekt, der auch Kindergartenleiterin Riedl wichtig ist: „Die gesunde Mischung macht’s!“

In der Durchführungsvorderordnung zum bayrischen Kindergartenengesetz ist seit 37 Jahren geregelt, dass Dialekte gefördert und gepflegt werden sollen. Genauere Regelungen gibt es den Pädagogen nicht an die Hand. „In Kindertageseinrichtungen soll sowohl Hochdeutsch als auch Dialekt gefördert werden“, erläutert daher Haderthauer. Mundart müsse aber im Lebensumfeld des Kindes lebendig sein. „Kindern einen Dialekt aufzuzwingen, ergibt keinen Sinn“, meint sie. „Genauso wenig kann natürlich von einer Erzieherin, die nur Hochdeutsch redet, erwartet werden, dass sie im Kindergarten auf einmal Dialekt spricht.“ Kurz: Es bleibt letzten Endes den Pädagogen überlassen, ob sie Dialekte fördern oder nicht.

Die Familienministerin selbst hat während ihrer Kindheit übrigens selbst Mundart gesprochen. „Ich bin zwar in Neumünster in Schleswig-Holstein geboren, aber mit 18 Monaten nach München gezogen. In München bin ich in die Schule und den Hort gegangen und habe damals, ausweislich alter Tonbandaufnahmen, echt münchenerisch gesprochen“, verrät sie.

Kirchen im Dialog

München (dpa) Führende bayerische Kirchenvertreter haben ihre Besorgnis über die wachsende Staatsverschuldung und mögliche Kürzungen im sozialen Bereich geäußert. „Es darf auf keinen Fall passieren, dass die Ärmsten der Armen unter dem fehlenden Geld leiden“, sagte der evangelische Landesbischof Johannes Friedrich gestern in München. Der Staat müsse Perspektiven aufzeigen, wie

ein Ausweg aus der massiven Verschuldung möglich sei, sagte der katholische Erzbischof Reinhard Marx mit Blick auf die Milliardenverluste der BayernLB. Die Fehlinvestition bei der Hypo Group Alpe Adria sei „erschütternd“, sagte Marx.

Rund 30 katholische und evangelische Kirchenvertreter trafen sich gestern zu Gesprächen in München. Thema war unter anderem der zweite Ökumenische Kirchentag 2010 in der bayerischen Landeshauptstadt. Es sei wunderbar, dass es den Kirchentag zum zweiten Mal gebe, sagte Marx. Das sei eine Bestätigung des gemeinsamen Weges der verschiedenen christlichen Kirchen.



Der Schweizer Mannschild ist Bayerns höchstgelegene Pflanze: Sie wächst auf der Südseite der fast 3000 Meter hohen Zugspitze. Foto: dpa

Bayerns höchstgelegene Pflanze

Schweizer Mannschild wächst auf der Zugspitze

Augsburg/Garmisch-Partenkirchen (dpa) Bayerns höchstgelegene Pflanze ist der Schweizer Mannschild auf der Südseite der fast 3000 Meter hohen Zugspitze. Das ergab die jetzt vorliegende Kartierung der bayerischen Alpenbiotope, deren Ergebnisse das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) gestern bekannt gab. Die Kartierer sind sogar in steilen Hanglagen und an Felsabbrüchen fündig geworden. „Die Alpenbiotopkartierung

liefert erstmals eine sehr detaillierte Grundlage für die Beurteilung und Abwägung zum Beispiel zur Verträglichkeit von Baumaßnahmen in den Tallagen oder von Schafbeweidung in Hochlagen“, sagte LfU-Präsident Albert Göttele. „Aber auch die Forschung zur Wirkung des Klimawandels auf die Vegetation profitiert von dieser soliden Datenlage.“ Seit 1991 waren über 7500 Biotop mit 23 000 Einzelflächen erfasst worden.

LOTTO
Lottozahlen
 2, 8, 11, 18, 19, 38, Zusatzzahl 10
Superzahl 4
Spiel 77 5642054
Super 6 776145 (ohne Gewähr)